

Venjakob, Johannes; Reichmann, Aileen; Voigt, Silvia

Working Paper

Umfrageergebnisse zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende: Im Auftrag der Westenergie AG, Befragungszeitraum 12.-17.12.2024

Wuppertal Papers, No. 205

Provided in Cooperation with:

Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy

Suggested Citation: Venjakob, Johannes; Reichmann, Aileen; Voigt, Silvia (2025) : Umfrageergebnisse zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende: Im Auftrag der Westenergie AG, Befragungszeitraum 12.-17.12.2024, Wuppertal Papers, No. 205, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/311192>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Umfrageergebnisse zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende

Im Auftrag der Westenergie AG
Befragungszeitraum 12.–17.12.2024

Bearbeitung:
Johannes Venjakob
Aileen Reichmann
Silvia Voigt

Herausgeberin:

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
www.wupperinst.org

Autor*innen:

Dr. Johannes Venjakob
E-Mail: johannes.venjakob@wupperinst.org
Aileen Reichmann
Silvia Voigt

Bitte die Publikation folgendermaßen zitieren:

Venjakob, J., Reichmann, A., Voigt, S. (2025). Umfrageergebnisse zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende (Wuppertal Paper Nr. 205). Wuppertal Institut.

„Wuppertal Papers“ sind Diskussionspapiere. Sie sollen frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Instituts vertraut machen und zu kritischer Diskussion einladen. Das Wuppertal Institut achtet auf ihre wissenschaftliche Qualität, identifiziert sich aber nicht notwendigerweise mit ihrem Inhalt.

Wuppertal, Januar 2025

ISSN 0949-5266

Dieses Werk steht unter der Lizenz „Creative Commons Attribution 4.0 International“ (CC BY 4.0).

Der Lizenztext ist abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
1 Hintergrund der Befragung	5
2 Methodisches Vorgehen	7
3 Fragenbereich „Allgemeine Einordnung des Themas“	8
4 Fragenbereich „Politische Umsetzung der Energiewende“	10
5 Fragenbereich „Ökonomische Effekte und Versorgungssicherheit“	14
6 Fragenbereich „Akteure“	17
7 Kernbotschaften und Handlungsansätze	22
8 Literaturverzeichnis	24
9 Anhang: Strukturdaten der Befragung	25

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 4-1: Priorisierung politischer Herausforderungen (eigene Darstellung) -----	10
Abbildung 5-1: Zahlungsbereitschaft für Energieträger nach Altersgruppen (eigene Darstellung) -----	14
Abbildung 5-2: Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Strom- und Heizungskosten nach Altersgruppen (eigene Darstellung)-----	15
Abbildung 6-1: Kompetenz der Akteure in der Energiewende (eigene Darstellung) -----	18
Abbildung 6-2: Blockade von Entscheidungen für die Energiewende (eigene Darstellung) -----	19
Abbildung 6-3: Vermittlerrolle in der Energiewende (eigene Darstellung) -----	20

1 Hintergrund der Befragung

Die Energie- und Klimapolitik der letzten Jahre war in Deutschland durch ein Nebeneinander von Erfolgen und Misserfolgen sowie die Kontroverse um die richtigen Maßnahmen und Instrumente geprägt.

Auf der einen Seite konnte der Ausbau erneuerbarer Energien deutlich weiter vorangetrieben werden. So stieg zum Beispiel ihr Anteil am Bruttostromverbrauch von 45 Prozent in 2020 auf 55 Prozent im Jahr 2024. Gleichzeitig wird konstatiert, dass die Klimaziele der Bundesregierung nicht erreicht werden, wenn die CO₂-Minderungen im Gebäude- und Verkehrssektor nicht forciert werden. Hinzu kommen öffentliche kontroverse Diskussionen um politische Instrumente, wie das „Heizungsgesetz“, das Verbrenner-Aus oder die immer wieder aufkeimenden Debatten über die vermeintliche Notwendigkeit wieder in die Kernenergie einzusteigen.

All dies schlägt sich nieder in einer großen gesellschaftlichen Verunsicherung hinsichtlich der weiteren Ausrichtung sowie des richtigen Ambitionsgrads von Energie- und Klimapolitik. Zahlreiche Untersuchungen (z.B. Edelman Trust Institute 2023; Kopernikus-Projekt Ariadne 2023; BMUV 2023) unterstreichen, dass die Politik in diesem Bereich als intransparent und nicht partizipativ wahrgenommen wird. Sie zeigen auch, dass die Wichtigkeit von Energie- und Klimapolitik in der gesellschaftlichen Wahrnehmung – im Unterschied zu ihrer stark dominierenden Rolle zu Beginn des Jahrzehnts – aus unterschiedlichen Gründen deutlich hinter anderen Themen (Inflation, Migration, Ukraine-Krieg) zurücktritt. Gerade bei Maßnahmen im Gebäude- und Verkehrsbereich ist es jedoch von immenser Bedeutung, dass die Menschen aufgrund ihrer direkten Betroffenheit in ihrem Alltagsleben die politischen Maßnahmen verstehen, um eine breite Umsetzungsbereitschaft zu generieren. Gelingt dies nicht, droht die Akzeptanz für Energiewende und Klimaschutz grundsätzlich verloren zu gehen und wird die notwendige Umsetzungsdynamik entsprechend nicht erzielt werden können.

Im Auftrag der Westenergie AG hat das Wuppertal Institut vor diesem Hintergrund im Dezember 2024 eine deutschlandweite quotierte Befragung durchgeführt, die sich mit der grundsätzlichen Einstellung zur Energiewende und der Zufriedenheit hinsichtlich ihres Fortschritts befasst. Ein zentraler Teil der Befragung setzte sich zudem mit den ökonomischen Folgen der Energiewende auseinander. Weiterhin wurde erhoben, welchen Akteuren und Institutionen die erfolgreiche Umsetzung und Fortführung der Energiewende zugetraut wird.

Die hier vorliegenden ersten Zwischenergebnisse liefern wichtige Impulse für die zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik einer neuen Bundesregierung. Sie spiegeln die Ambivalenz und Unsicherheit in der Bevölkerung wider und machen deutlich, dass dringend eine partizipative Strategieentwicklung sowie eine transparente Kommunikation und Wissensbildung in Richtung Gesellschaft erforderlich sind. Die Notwendigkeit der Energiewende und der erforderlichen Maßnahmen muss besser vermittelt werden und insbesondere der Nutzen der verschiedenen Maßnahmen besser erklärt werden. Eine Langfassung zu den Ergebnissen erscheint im März 2025 – diese nimmt auch Ergebnisse eines weiteren Befragungsteils auf, der sich mit der Zahlungs- und Implementierungsbereitschaft unterschiedlicher Technologien (PV-Anwendungen, Heizsysteme, Elektromobilität) befasste.

Die in diesem Papier abgeleiteten Schlussfolgerungen und Handlungsansätze beruhen ausschließlich auf Einschätzungen der Autor*innen des Wuppertal Instituts.

2 Methodisches Vorgehen

Im Folgenden werden die methodischen Rahmenbedingungen der durchgeführten Befragung kurz dargestellt. Die Umfrage wurde in den Kalenderwochen 50 und 51 des Jahres 2024 durch ein Meinungsforschungsunternehmen durchgeführt. Das Sample ist quotiert für die deutsche Bevölkerung hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung sowie der prozentualen Verteilung der Einwohnerzahl der deutschen Bundesländer. Zur Sicherstellung der Datenqualität wurden durch das Meinungsforschungsunternehmen *speeder*, d. h. Teilnehmer*innen, welche die Befragung in einer unterdurchschnittlich kurzen Zeit abgeschlossen hatten, sowie *straightliner*, also Personen mit Null-Varianz-Antwortverhalten, identifiziert und exkludiert. Das finale Sample besteht aus $N=2062$.

Die Befragung war thematisch in mehrere Abschnitte gegliedert. Sie begann mit einem Frageblock zur Wahrnehmung des Klimawandels, der Selbstwirksamkeit hinsichtlich Aufhaltung/Eindämmung sowie zum Wissen über den Klimawandel. Die nachfolgenden Frageblöcke setzten den Fokus auf die Energiewende. Hier wurde erfragt, wie gut die Befragten glaubten, über die Energiewende informiert zu sein, wie wichtig sie diese als politisches Ziel sowohl kurz- als auch langfristig einschätzten und wie zufrieden sie mit dem aktuellen Umsetzungstempo waren. Darauf folgten Fragen zur Priorisierung der Energiewende im Kontext anderer politischer Herausforderungen sowie verschiedene Items, die Aspekte wie soziale Verteilungsgerechtigkeit, Partizipation und technologische Entwicklungspfade abdeckten. Ein weiterer Frageblock widmete sich der finanziellen Dimension der Energiewende. Die Befragten gaben an, wie stark sie selbst durch die Energiewende finanziell belastet sind und welche ökonomischen Effekte sie in der Zukunft erwarten. Danach wurden Fragen zum Vertrauen in verschiedene institutionelle Akteure gestellt. Abschließend befasste sich der letzte Abschnitt mit der Einstellung der Teilnehmenden zu unterschiedlichen Technologien.

Die Datenanalyse wurde unter Verwendung der Statistiksoftware SPSS durchgeführt. Zum aktuellen Zeitpunkt wurden deskriptive Analysen sowie Gruppenvergleiche in zentralen Items vorgenommen. Dafür wurde das Antwortverhalten nach Unterschieden in Alters- und Einkommensgruppen, Wissensgruppen (viel bis gar kein Wissen bzgl. Klimawandel bzw. Energiewende) und Ost-/Westdeutschland untersucht. Weitere tiefgehende Analysen sind geplant und werden in zukünftigen Arbeitsschritten durchgeführt. Eine Übersicht zu den Strukturdaten der Befragung findet sich im Anhang.

3 Fragenbereich „Allgemeine Einordnung des Themas“

Der erste Teil des Fragebogens befasste sich mit der grundsätzlichen Einordnung des Themas. Die Befragten sollten einschätzen, ob sie den Klimawandel als Bedrohung wahrnehmen, wie gut ihr Wissen zum Klimawandel und zur Energiewende ausgeprägt ist und wie zufrieden sie mit dem Fortschritt der Energiewende sind.

73 Prozent der Befragten nehmen den **Klimawandel** innerhalb der nächsten 20 Jahre **als Bedrohung** wahr, auch für ihr Leben hier in Deutschland. 33 Prozent würden den Klimawandel sogar als sehr ernste Bedrohung einordnen. Ein Blick auf die unterschiedlichen Altersgruppen zeigt, dass die Befragten zwischen 18 und 29 Jahren diese Bedrohung signifikant deutlicher wahrnehmen, als die Altersgruppen zwischen 30-39 bzw. 40-49 Jahren.

Hinsichtlich der **eigenen Wirkmächtigkeit** ist ein gewisser Pessimismus erkennbar. 44 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass der Klimawandel durch politisches Handeln und persönliche Verhaltensänderungen nicht mehr aufzuhalten ist. Ein weiteres Viertel der Befragten steht dieser Aussage neutral gegenüber.

Das **Wissen zu Klimawandel** und Energiewende ist bei den Befragten in der Selbsteinschätzung (eher) gering ausgeprägt. 38 Prozent der Befragten geben an (eher) nichts über den Klimawandel zu wissen, knapp die Hälfte der Befragten gibt an (eher) nichts über die Energiewende zu wissen. Die Bewertungen / Meinungsbilder im Rahmen dieser Befragung sind demnach nicht unbedingt auf (selbst eingeschätztes) Wissen zurückzuführen, sondern können von anderen Überzeugungen / aktuellen Wahrnehmungen getrieben sein¹.

Auch wenn die Befragten glauben, dass politisches und persönliches Handeln den Klimawandel nicht aufhalten wird, sehen sie dennoch in der **Energiewende** kurzfristig (Zustimmung 46% vs. 24% Ablehnung) und langfristig (Zustimmung 60% vs. 14,5% Ablehnung) ein **wichtiges politisches Ziel**.

Bezüglich des **Umsetzungstempos** der Energiewende sind die Befragten in der Mehrheit nicht der Meinung, dass die Energiewende zu schnell umgesetzt wird. 31 Prozent halten das Tempo für angemessen, knapp 36 Prozent empfinden das Tempo sogar als zu langsam. Lediglich 22 Prozent geht die Energiewende zu schnell – der Rest weiß es nicht. Die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen bewertet das Umsetzungstempo signifikant stärker als „zu langsam“ im Vergleich zur Altersgruppe der 40- bis 49-jährigen.

Kernbotschaften und Handlungsansätze „Allgemeine Einordnung“

Der Klimawandel wird vom Großteil der Befragten, insbesondere jungen Menschen, als Bedrohung (auch in Deutschland) wahrgenommen. Auch die Energiewende (als politisches Ziel) wird von einem Großteil der Befragten unterstützt (als notwendig und sinnvoll bewertet).

¹ Bei wenig Wissen über ein Thema müssen wir die folgenden Ergebnisse ausdrücklich als Momentaufnahme rahmen (Stichwort pseudo opinions), Wissensgenerierung und Meinungsbildung können somit durch weiteren Verlauf von Diskursen verändert werden (vgl. Bishop et al. 1980).

Nichtsdestotrotz geht die Mehrheit der Befragten davon aus, kein (großes) Wissen zur Energiewende zu haben, was zu einer Herausforderung in der Umsetzung der Energiewende führt. Diese ergibt sich, wenn die vergleichsweise abstrakten politischen Ziele in konkrete Umsetzungsmaßnahmen übersetzt werden, die für die Menschen unmittelbar spürbar werden. Hierin liegt ein möglicher Kipppunkt für die Unterstützung energie- und klimapolitischer Ziele.

Auch wenn die Befragten die Wirkmächtigkeit ihres Handelns auf den Klimawandel gering einschätzen, befürworten sie die Energiewende. Mit der Energiewende werden offensichtlich weitere Ziele als nur die Bekämpfung des Klimawandels verbunden.

In den Ergebnissen des ersten Befragungsteils liegt eine der wichtigen positiven Botschaften der Umfrage: Die Menschen sehen die Handlungsnotwendigkeit und stehen mehrheitlich hinter der Energiewende. Im weiteren Verlauf werden weitere Ergebnisse zeigen, dass vor allem eine transparente und nachvollziehbare politische Strategie für die weitere Ausgestaltung der Energiewende fehlt. Hierin liegt der Auftrag an die Politik, für diese Transparenz zu sorgen und eine nach vorne gerichtete Energiewende-Strategie zu entwickeln, anstatt die bestehende Dynamik zu bremsen.

4 Fragenbereich „Politische Umsetzung der Energiewende“

Der zweite Befragungsteil setzte sich damit auseinander, wie zufrieden die Menschen mit der Umsetzung der Energiewende sind – vor allem, wo sie Probleme in der Umsetzung wahrnehmen.

Aktuell sind die Menschen durch zahlreiche Krisensituationen betroffen. Eine wichtige Frage ist daher, welchen **Stellenwert Energie- und Klimapolitik** derzeit im Kontext anderer politischer Herausforderungen in der Wahrnehmung der Befragten einnimmt. Die Befragten sollten drei Themenfelder auswählen, die sie für besonders wichtig halten. Diese sollten sie in ein Ranking von 1 bis 3 bringen. Im Ergebnis wird deutlich, dass das Themenfeld „Energiewende, Energiepreise, Versorgungssicherheit“ eine eher nachrangige Position einnimmt. Insgesamt sollten die Befragten zehn Themenfelder priorisieren - die Energiethemen landen hier auf Platz sechs.

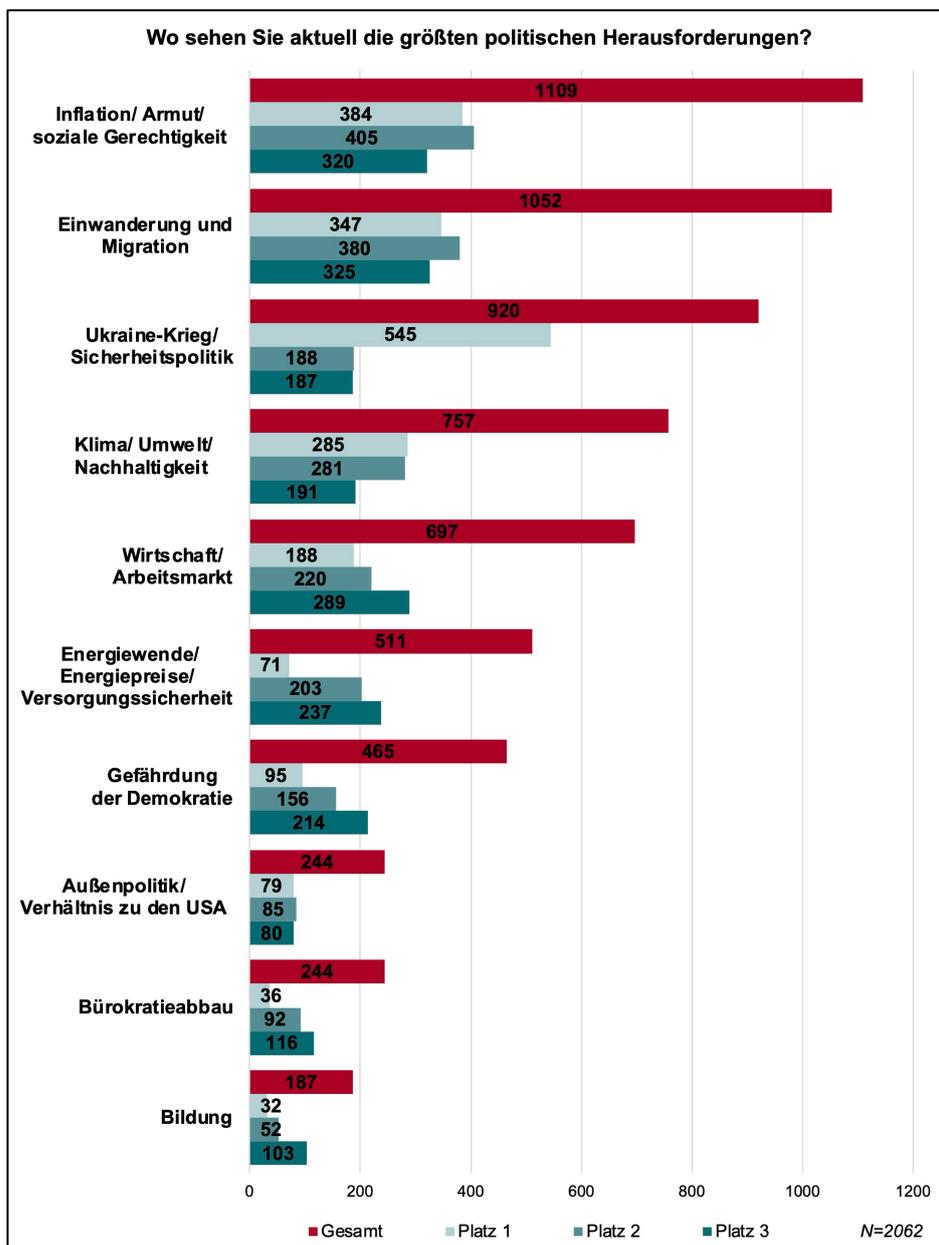


Abbildung 4-1: Priorisierung politischer Herausforderungen (eigene Darstellung)

Die Ergebnisse zeigen, dass der Themenbereich „**Inflation, Armut, soziale Gerechtigkeit**“ kumuliert von den meisten Befragten als aktuell wichtigste politische Herausforderung gesehen wird. Die Altersgruppe der 40–49-Jährigen priorisiert dieses Thema signifikant höher, als die anderen Altersgruppen. Gleiches gilt erwartungsgemäß für die Gruppe mit dem niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen (600–1.500 €) – auch hier kommt dem Thema ein deutlich höheres Gewicht zu. Da auch Folgefragen aufzeigen, dass die ökonomischen Effekte der Energiesystemtransformation zu einem ernstzunehmenden Akzeptanzproblem für Klimaschutz und Energiewende werden können, kommt diesem Ergebnis eine sehr hohe Bedeutung zu. Wenn es nicht gelingt, eine sozial gerechte Lastenverteilung der ökonomischen Folgen der Energiewende zu erreichen und das ökonomische Auseinanderdriften der Gesellschaft dadurch sogar noch verstärkt wird, kann davon ausgegangen werden, dass Klimawandel und Energiewende kurz- bis mittelfristig gesellschaftlich nicht mehr mitgetragen werden.

Als zweitwichtigste politische Herausforderung stufen die Befragten in der Summe das Thema „**Einwanderung und Migration**“ ein. Der Zusammenhang zur gesellschaftlichen Akzeptanz für Klimaschutz und Energiewende ist hier weniger direkt. Auffällig ist jedoch, dass die Altersgruppe der 18–29-Jährigen dieses Thema deutlich niedriger priorisiert, als die anderen Altersgruppen. Das Thema „Klima, Umwelt, Nachhaltigkeit“ bekommt in dieser Altersgruppe hingegen ein deutlich höheres Gewicht zugesprochen.

Auf Platz drei der drängenden politischen Herausforderungen sehen die Befragten den „**Ukraine-Krieg und sicherheitspolitische Fragen**“ – betrachtet man nur die Auswahl der Top 1-Themen, erreicht es sogar den ersten Platz. Blickt man auf die Auswirkungen, die dieser Krieg zu Beginn auf die deutsche Energieversorgung hatte, wird der Zusammenhang zu energiepolitischen Fragestellungen offensichtlich. Wie eingangs aufgezeigt, ist das Thema Versorgungssicherheit in der Wahrnehmung politischer Herausforderungen jedoch nicht hoch angesiedelt. Die starke Betonung dieses Aspekts wird seine Ursache daher eher in allgemeinen sicherheitspolitischen, als in energiepolitischen Abwägungen haben.

Interessant ist, dass in der Priorisierung der genannten politisch dringenden Handlungsfelder keine signifikanten Unterschiede zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern festzustellen sind.

Aufbauend auf der Frage zur politischen Prioritätensetzung sollten sich die Befragten etwas detaillierter mit der aktuellen Umsetzung der Energiewende in Deutschland auseinandersetzen.

Zuerst wurden sie gefragt, wie sie den **Fortschritt der Energiewende** beurteilen. Das Befragungsergebnis zum Umsetzungstempo (s.o.) spiegelt sich auch in den Antworten auf die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Fortschritt der Energiewende wider. 34 Prozent verhalten sich zu dieser Frage neutral. 42,5 Prozent antworteten jedoch, dass sie mit dem Fortschritt nicht zufrieden sind.

Befragt nach den **Aspekten, die sie an der Umsetzung der Energiewende** am meisten **stören**, führt die Mehrheit den fehlenden Konsens in der politischen Umsetzung der Energiewende an. Es fehlt aus Sicht der Befragten eine klare politische Strategie. Fehlt die Strategie, oder wird sie nicht verstanden, fehlt damit auch die

Sicherheit, Investitionen zu tätigen. Dazu passend ist ein zweiter Punkt, der bei den störenden Aspekten viel Zuspruch erfährt, die hohen Investitionskosten im privaten Bereich - ein plausibles Ergebnis, das in den Fragen zu ökonomischen Effekten der Energiewende noch einmal deutlich untermauert wird. Auch bei der Bewertung einzelner Statements mit Bezug zur Energiewende erhalten die Aussagen „Die Lasten der Energiewende sind sozial gerecht verteilt“ und „Der Umstieg auf CO₂-neutrale Energien ist kostengünstig“ die größte Ablehnung. 63 bzw. 59 Prozent der Befragten stimmen diesen Aussagen nicht zu.

Die Befragten sollten weiterhin einschätzen, welche Rolle die einzelnen **Energiequellen** in der mittelfristigen Ausrichtung des Energiesystems bis 2030 spielen sollten. Diese Frage dient als Plausibilitätscheck zu den Fragen im Kontext Versorgungssicherheit und Kosteneffekten unterschiedlicher Energiesysteme, sowie zu Umsetzungstempo und Transparenz der strategischen Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik. Die Antworten zeigen, dass sich die Befragten von allen erneuerbaren Energieträgern (bis auf Holz) eine deutlich stärkere Rolle in der mittelfristigen Energieerzeugung bis 2030 wünschen. Insgesamt unterstützen die Ergebnisse vor allem den Aspekt, dass die Befragten das Ausbautempo als eher zu langsam empfinden und sich mehr Dynamik wünschen. Anders fällt das Bild bei den fossilen Energieträgern aus. Passend zur Einschätzung der erneuerbaren Energieträger, gibt es hier deutliche Anteile der Befragten, die sich eine Reduktion fossiler Energieträger wünschen - vor allem für Öl und Kohle ist dies ausgeprägt. Allerdings gibt auch jeweils etwa ein Viertel bis ein Drittel der Befragten zu den einzelnen fossilen Energieträgern eine neutrale Einschätzung ab. Die gewünschte Rolle des Energieträgers bis 2030 ist für sie nicht eindeutig zu beantworten. Auffällig ist weiterhin, dass sich rund 40 Prozent der Befragten einen Wiedereinstieg in die Kernenergie wünschen.

Untersucht wurde weiterhin, inwieweit das selbst eingeschätzte Wissen zu den Themen Klimawandel und Energiewende für die Bewertung der einzelnen Energiequellen bzw. Technologiepfade von Bedeutung ist. Im Ergebnis zeigt sich, dass Pfade, die auf erneuerbare Energien setzen, unabhängig vom Wissensstand hoch priorisiert werden. Die grundsätzliche Notwendigkeit, erneuerbare Energien nutzen zu müssen, scheint inzwischen etabliert zu sein.

Für die Bewertung der fossilen Technologiepfade im zukünftigen Energiesystem hat das Wissen hingegen einen Einfluss. Personen mit Wissen über den Klimawandel bzw. die Energiewende bewerten die die Entwicklung der Energieerzeugung aus Erdgas, Erdöl und Kohle signifikant anders, mit einer deutlich höheren Zustimmung zur Reduktion dieser Energieträger, als Personen ohne Wissen².

Kernbotschaften und Handlungsansätze „Politische Umsetzung“

In der Priorisierung der politischen Herausforderungen nimmt das Energiethema eine nachrangige Rolle ein. Hohe Priorität hat hingegen das Thema „Inflation, Armut, soziale Gerechtigkeit“. Die Querbezüge zur Bedeutung ökonomischer Effekte der Energiewende (Energiepreissteigerung) sind unmittelbar. Gelingt es nicht,

² Eine mögliche Erklärung dafür könnte der so genannte Status-quo-Bias sein, der besagt, dass Menschen den gegenwärtigen Zustand bevorzugen, selbst wenn dieser für sie von Nachteil ist (vgl. Samuelson und Zeckhauser 1988)

gerechte Kostenverteilung der Energiewende zu gewährleisten die vor allem niedrige Einkommensgruppen entlasten und verschärft sich der Kostendruck durch steigende Energiepreise weiterhin, liegt hierin ein wahrscheinlicher Kipppunkt für die gesellschaftliche Akzeptanz der Klima- und Energiepolitik.

Die fehlende klare politische Strategie (z.B. zur Priorisierung bestimmter Technologiepfade) kann zu einem erheblichen Problem werden. Die daraus resultierende Unsicherheit stellt ein deutliches Hemmnis für wichtige (Investitions-)Entscheidungen von Bürger*innen dar, die bereits heute getroffen werden müssen (z.B. hohe Investitionskosten im Bestand für energetische Sanierungen oder im Automobilssektor).

Ein intransparentes Zielbild bzw. eine unverständliche politische Strategie erschweren grundsätzlich die Vermittlung von Handlungsnotwendigkeit auf der individuellen Ebene.

5 Fragenbereich „Ökonomische Effekte und Versorgungssicherheit“

Die Zahlungsbereitschaft für Klimaschutz ist ein zentrales Thema für die Menschen in einer insgesamt angespannten wirtschaftlichen Lage. Ein Teil der Befragung befasste sich daher mit den bereits wahrgenommenen und den zukünftig befürchteten ökonomischen Folgen der Energiewende. In der integrierten Perspektive auf die Ausrichtung der Energiepolitik ist neben Nachhaltigkeit und ökonomischen Aspekten auch die Versorgungssicherheit relevant. Auch zu diesem Aspekt wurden Fragen gestellt.

Die vorhergehenden Befragungsergebnisse haben schon angedeutet, dass die ökonomischen Effekte der Energiewende für die Menschen einen hohen Stellenwert haben. Mit den folgenden Fragen wurde diesem Themenfeld detaillierter nachgegangen. Weitere Fragen zielten darauf ab, die Zieldimensionen (Nachhaltigkeit, Energiepreise, Versorgungssicherheit) bei der Ausrichtung des zukünftigen Energiesystems in der Wahrnehmung der Befragten besser zu verstehen.

Von den Befragten geben 43 Prozent an, dass das derzeitige Niveau der Energiepreise bereits ihre Belastungsgrenze erreicht. Ein Drittel der Befragten stimmt der Aussage voll und ganz zu, dass sie nicht bereit sind, für den Klimaschutz **höhere Preise** für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas in Kauf zu nehmen. Weitere 27 Prozent stimmen der Frage ebenfalls, mit leichter Abschwächung, zu. Lediglich ein knappes Viertel der Befragten ist bereit für den Klimaschutz höhere Energieträgerpreise zu tragen. Wie die folgende Abbildung zeigt, lohnt hier jedoch eine altersdifferenzierte Betrachtung. Die Altersgruppe der unter 30-jährigen stimmt der Aussage, in keinem Fall höhere Kosten tragen zu wollen, deutlich weniger stark zu, als die höheren Altersgruppen.

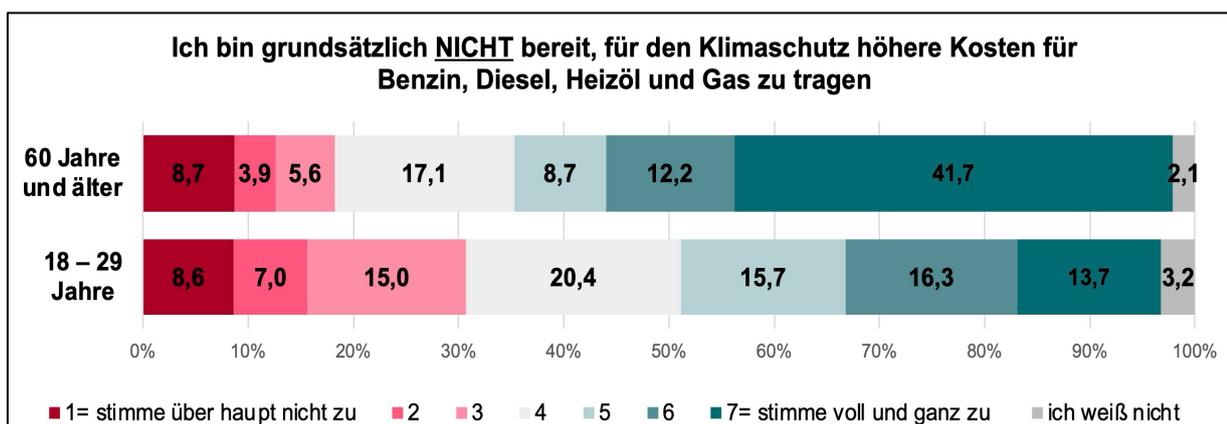


Abbildung 5-1: Zahlungsbereitschaft für Energieträger nach Altersgruppen (eigene Darstellung)

Ein markantes Ergebnis liefern auch die Fragen zu den **aktuellen und zukünftig erwartbaren ökonomischen Belastungen der Haushalte**. Zuerst wurden die Befragten um eine Einschätzung gebeten, wie Inflation und Preissteigerungen aktuell auf die verschiedenen Kostenarten im Haushalt (Konsumgüter, Freizeit, Mobilität, Lebensmittel, Heizung, Strom) wirken. Grundsätzlich sehen sich die Befragten aktuell in allen Bereichen hohen bis sehr hohen Belastungen ausgesetzt. Besonders Lebensmittel, Heizen und Strom stehen hervor. Etwa drei Viertel der Befragten geben für diese drei Bereiche an, dass sie hier (teilweise sehr hohe) finanzielle Belastungen

wahrnehmen. Auch hier zeigt sich, dass die unterste Einkommensgruppe (600 – 1.500 € Haushaltsnettoeinkommen) diese Belastung deutlich stärker benennt. Das gilt für alle Ausgabenbereiche, besonders stark ist der Effekt bei den Ausgaben für Heizungskosten und Konsumgüter. Die unterste Einkommensgruppe sieht sich hier aktuell besonders starken Einschränkungen ausgesetzt.

Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung sind die Befragten pessimistisch. Konkret wurde gefragt, welche Kostenauswirkungen die Befragten von der Energiewende auf die genannten Bereiche in den kommenden fünf Jahren erwarten. Rund 60 Prozent der Befragten erwarten (teilweise sehr starke) negative Auswirkungen in den Bereichen Heizen, Lebensmittel, Strom und Mobilität. Etwas abgeschwächt werden auch negative Effekte auf die Bereiche Konsumgüter und Freizeit erwartet. Besonders negative Entwicklungen im Bereich der Strom- und Heizkosten erwartet die Altersgruppe der über 60-Jährigen im Vergleich zu den 18 – 29-Jährigen, die nicht ganz so pessimistisch in die Zukunft blicken.

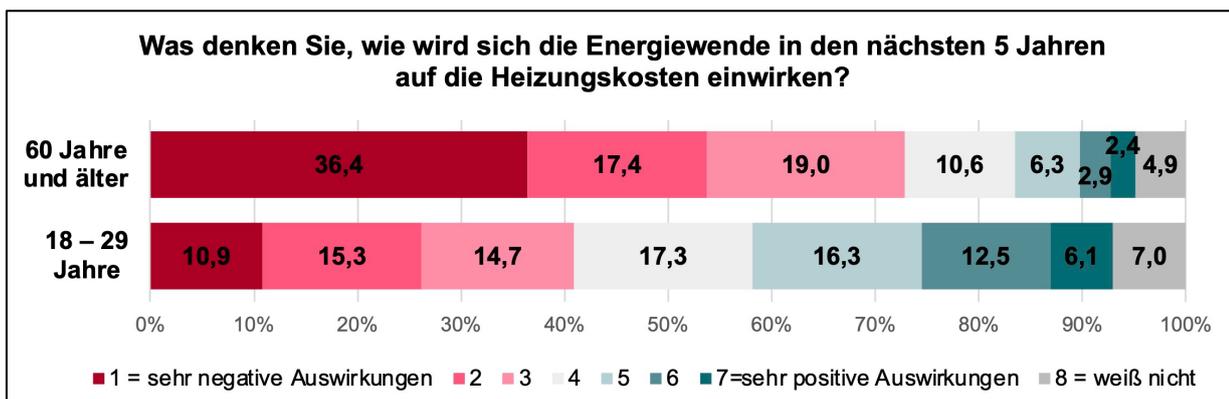
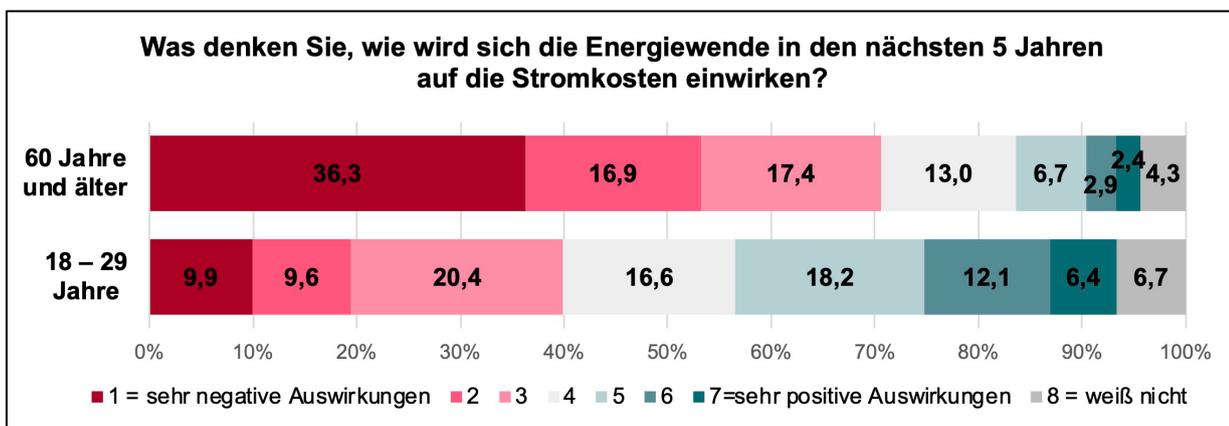


Abbildung 5-2: Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Strom- und Heizungskosten nach Altersgruppen (eigene Darstellung)

Neben stabilen Energiepreisen spielt die **Versorgungssicherheit** eine wichtige Rolle bei der Transformation des Energiesystems. Das Befragungsergebnis hierzu ist nicht ganz eindeutig. Befragt nach der Präferenz der Energiequellen mit Blick auf Versorgungssicherheit antworten 54 Prozent, dass sie auf den forcierten Ausbau erneuerbarer Energien setzen, 43 Prozent würden hinsichtlich der Versorgungssicherheit eher die weitere Nutzung fossiler Energie bevorzugen.

Kernbotschaften und Handlungsansätze „Ökonomische Folgen und Versorgungssicherheit“

Auch wenn die Notwendigkeit der Energiewende erkannt wird und sie insgesamt großen Zuspruch erfährt, offenbaren die Fragen zu den aktuellen oder erwartbaren ökonomischen Folgen der Energiesystemtransformation hingegen, dass in diesen Effekten auf die finanzielle Situation der Menschen eine ernstzunehmende Gefahr für die Akzeptanz liegt.

Insbesondere niedrige Einkommensgruppen spüren den Kostendruck neben der Inflation auch durch steigende Energiepreise bereits heute. Interessant ist, dass jüngere Altersgruppen weniger pessimistisch bezüglich der zukünftigen Entwicklung sind.

Zwei Handlungsebenen sollten zur Wahrung der Akzeptanz für die Energiewende aus dieser Perspektive hohe Priorität haben:

Zum einen müssen geeignete Instrumente dafür sorgen, dass die ökonomischen Lasten der Energiewende sozialgerecht verteilt werden. Effekte auf niedrige Einkommensgruppen müssen abgefedert werden, die Effizienzmaßnahmen bzw. die Implementierung von Klimaschutztechnologien, gerade in den unteren Einkommenssegmenten gefördert werden.

Zum anderen sollte ein Augenmerk darauf gelegt werden, die ökonomischen Effekte korrekt einzuordnen. Hiermit ist gemeint, dass einerseits nicht die reinen Investitionskosten betrachtet werden dürfen, sondern auch mittel- bis langfristige Amortisationszeiträume berücksichtigt werden sollten. Insbesondere vor dem Hintergrund steigender CO₂-Preise ist erwartbar, dass Umwelttechnologien, wie Wärmepumpen und Elektro-Fahrzeuge bei einer derartigen Betrachtung deutlich besser abschneiden als fossile Lösungen. Andererseits sollten in die Kommunikation der ökonomischen Bilanz auch die Kosten des Nicht-Handelns aufgenommen werden. Je länger ambitionierter Klimaschutz aufgeschoben wird, desto höher fallen die (bereits heute immensen) Anpassungskosten an die Folgen des Klimawandels aus.

6 Fragenbereich „Akteure“

Neben der eher grundsätzlichen Bestandsaufnahme zur Akzeptanz der Bevölkerung für die Energiewende befasst sich ein weiterer Befragungsteil mit dem Vertrauen in die Akteure die an der Gestaltung der Energiewende mitwirken. Angesichts der fragilen Akzeptanz für energiepolitische Maßnahmen ist von hohem Interesse, wem die Befragten die Kompetenz und die Integrität zusprechen hier eine konsens-orientiert Strategie zu entwickeln.

Industrieunternehmen haben aus Sicht der Befragten eine hohe **Relevanz** für die Umsetzung der Energiewende (68%), ebenso wie die Energieversorgungsunternehmen (70%). Auch den politischen Ebenen wird eine hohe Relevanz für die Umsetzung der Energiewende beigemessen: Bundespolitik (64%), Landespolitik (63%), Kommunen / Lokalpolitik (59%). Interessant ist, dass auch wissenschaftlichen Akteuren mit 63 Prozent eine hohe Relevanz zugesprochen wird – diese Einschätzung zielt vermutlich darauf ab, dass durch die Wissenschaft notwendiges Grundlagenwissen bereitgestellt wird. Umweltorganisationen (47%) und Journalismus (33%) wird eine geringere Bedeutung zugeschrieben.

Neben der grundsätzlichen Relevanz ist weiterhin von Bedeutung, welchen Akteuren die notwendige **Kompetenz** bei der Umsetzung der Energiewende zugesprochen wird. Konkret wurde gefragt, welche Akteure „das Richtige“ machen oder tun. Hier wird den politischen Akteuren ein sehr negatives Zeugnis ausgestellt. Nur 22 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Bundespolitik „das Richtige“ tut. Bei der Landespolitik sind es 24 Prozent, bei der lokalen Politik 28 Prozent. Das Vertrauen, „das Richtige“ zu tun, ist bei anderen Akteuren nicht positiver ausgeprägt. Industrieunternehmen bringen nur 24 Prozent dieses Vertrauen entgegen, Energieversorgern 26 Prozent, Journalismus 24 Prozent. Am besten schneiden Umweltorganisationen (39%) und die Wissenschaft (46%) ab. Insgesamt ergibt sich allerdings ein durchaus misstrauisches Stimmungsbild.

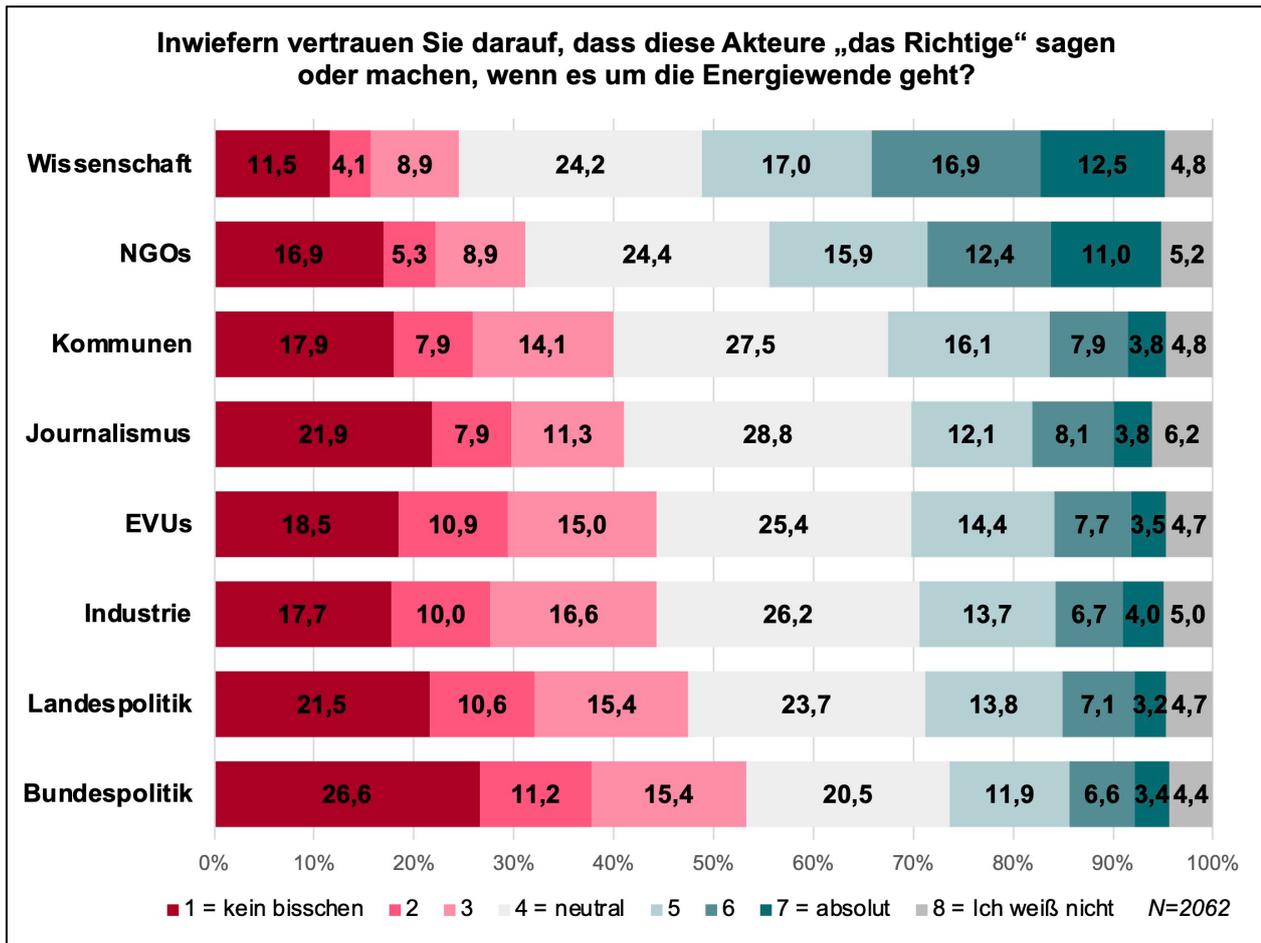


Abbildung 6-1: Kompetenz der Akteure in der Energiewende (eigene Darstellung)

Auf das Vertrauen in die unterschiedlichen Akteure zielt auch die Frage ab, von wem **ehrliche Informationen** zur Energiewende erwartet werden. Auch hier zeigt sich ein sehr negatives Bild mit Blick auf die politischen Ebenen. Nur 24 Prozent der Befragten erwarten von der Bundespolitik ehrliche Informationen zur Energiewende. Gleiches gilt für die Landespolitik – hier sind es 25 Prozent. Nur leicht besser fällt das Ergebnis für die kommunale Politik aus (28%). Noch ein wenig schlechter als mit Blick auf die Politik fällt das Vertrauen in die Informationen durch Industrieunternehmen und Energieversorgungsunternehmen aus (beide 21%). Journalismus (27%), Umweltorganisationen (38%) und Wissenschaft (47%) wird hingegen ein stärkeres Vertrauen entgegengebracht. Das vergleichsweise geringe Vertrauen, dass journalistischen Informationen zugesprochen wird, ist bemerkenswert und könnte ein Ansatzpunkt für eine tiefere Medienanalyse sein.

Mit der Umsetzung der Energiewende zeigten sich die Befragten aus unterschiedlichen Gründen unzufrieden (s.o.). Einigen Akteuren unterstellen sie, wichtige Entscheidungen für die Umsetzung bewusst zu blockieren. Vor allem bei Industrieunternehmen (45%) und Energieversorgungsunternehmen (43%) nehmen die Befragten an, dass sie **Entscheidungen blockieren**. Auch hinsichtlich politischer Ebenen haben die Befragten die Einschätzung, dass Entscheidungen für die Energiewende blockiert werden (Zustimmung zu dieser These bei Bundespolitik 33%, Landespolitik 30%, Kommunalpolitik 27%). Auch hier ist wieder auffällig, dass die übergeordneten politischen Ebene negativer eingeschätzt werden, als die Politik vor Ort.

Wissenschaft, Journalismus und Umweltorganisationen unterstellen hingegen nur jeweils rund 20 Prozent, dass von ihnen eine Blockade wichtiger Entscheidungen für die Energiewende ausgeht. Diese Einschätzung ist stimmig zu der vergleichsweise geringen Umsetzungsrelevanz, die diesen Akteuren zuvor zugeschrieben wurde.

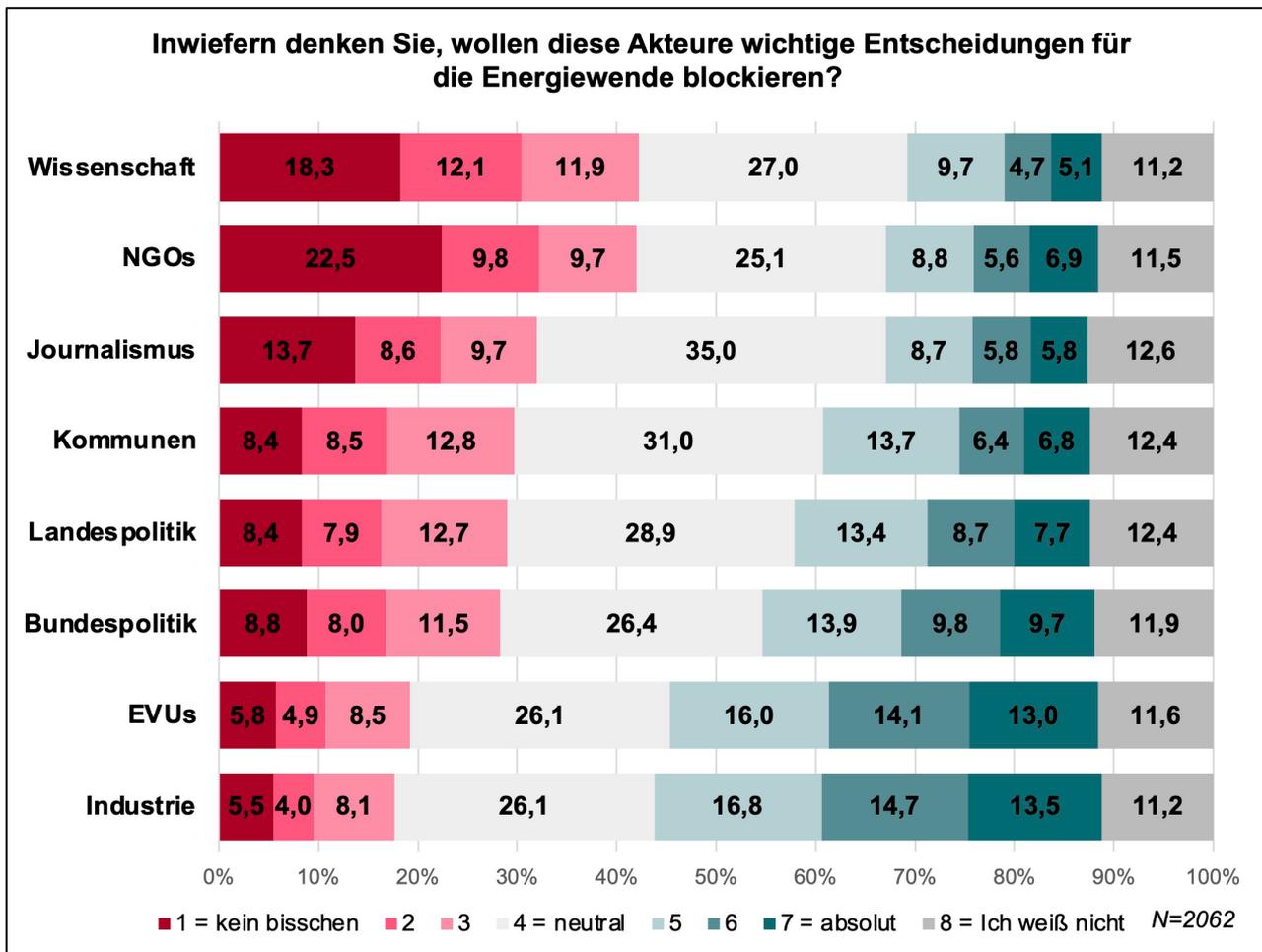


Abbildung 6-2: Blockade von Entscheidungen für die Energiewende (eigene Darstellung)

Während die vorhergehenden Fragen auf die wahrgenommene Integrität der Akteure abzielten, ist auch noch von Interesse, wem die Befragten in der Energiewende einen **Interessenausgleich** zutrauen und von wem sie sich eine stärkere Berücksichtigung bei der **Gestaltung der Umsetzungsmaßnahmen** wünschen. Besorgniserregend ist, dass nur rund ein Viertel der Befragten der Ansicht ist, dass Akteure auf den unterschiedlichen politischen Ebenen in der Lage sind, ein **gesellschaftlich getragenes Leitbild** der Energiewende zu entwickeln. Auch mit Blick auf Industrieunternehmen und Energieversorgungsunternehmen sehen die Ergebnisse nicht deutlich anders aus. Lediglich die Kommunalpolitik und die Energieversorger schneiden leicht besser ab - die Nähe zu den Menschen vor Ort macht hier möglicherweise einen leicht positiven Effekt aus. Deutlich positiver fällt die Einschätzung mit Blick auf Wissenschaft und Umweltorganisationen aus. 45 bzw. 37 Prozent der Befragten trauen Akteuren aus diesen Bereichen zu, ein gesellschaftlich getragenes Leitbild für die Energiewende zu entwickeln. Mit Blick auf Akteure aus dem Bereich Wissenschaft wünschen sich die Befragten auch einen stärkeren Einbezug bei der Ausgestaltung von Umsetzungsinstrumenten auf Bundesebene.

Konkret nach der **Vermittlerrolle** zwischen Bundespolitik und Verbraucher*innen bei der Implementierung der Energiewende gefragt, sehen die Befragten hier vor allem Verbraucherverbände, Energieversorger und die Wissenschaft. Nähe zu den Menschen vor Ort, Kenntnis der Bedingungen und Herausforderungen des Energiesystems vor Ort und Neutralität in der Wissensvermittlung könnten hierfür eine wichtige Rolle spielen. Ein interessantes Ergebnis ist in diesem Zusammenhang, dass den Gewerkschaften bei dieser Frage keine große Bedeutung zugesprochen wird. Das ist insofern bemerkenswert, als die Energiewende in einer vorhergehenden Frage als eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland ausgemacht wurde. Eine höhere Bedeutung der Belange der Arbeitnehmer*innen wäre hier erwartbar gewesen.

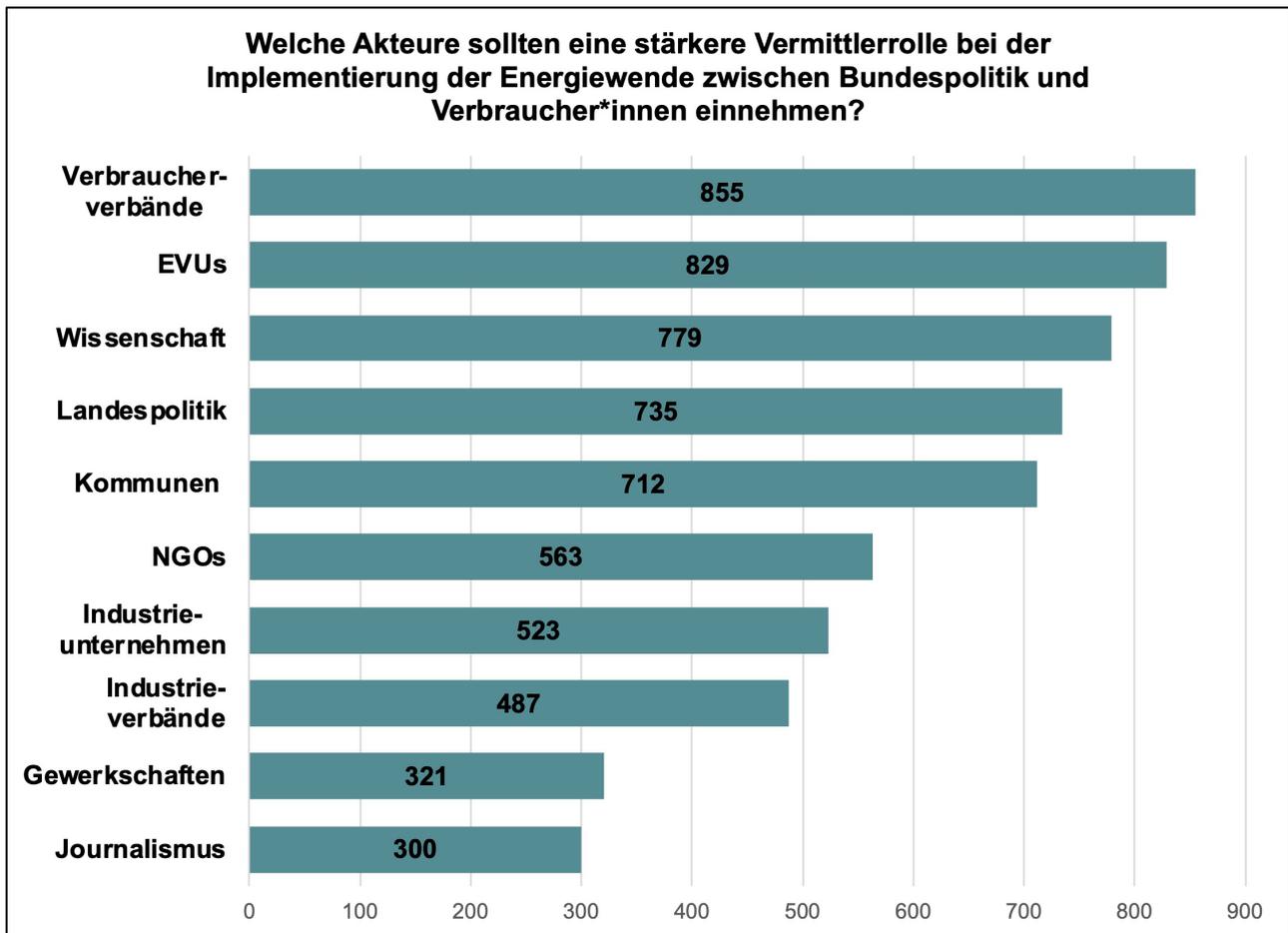


Abbildung 6-3: Vermittlerrolle in der Energiewende (eigene Darstellung)

Kernbotschaften und Handlungsansätze „Akteure“

Grundsätzlich zeigen die Antworten zu den Akteuren der Energiewende ein hohes Misstrauen in Bezug auf die richtigen Entscheidungen und eine ehrliche Kommunikation auf – mit einigen wenigen Nuancen und Ausnahmen.

Auffällig ist, dass für die Umsetzung die übergeordneten Politikebenen etwas relevanter zu sein scheinen, als die lokale Politik. Hierin könnte allerdings ein Missverständnis des Umsetzungsbegriffs liegen. Umsetzung im Sinne politische Weichenstellung (auf Bundes- oder Landesebene) gegenüber Umsetzung im Sinne konkreter Implementierung durch Kommunen, Unternehmen und Energieversorger.

Interessant ist, dass im Gegensatz zur Relevanz für die Umsetzung die Einschätzung hinsichtlich der Kompetenz in umgekehrter Richtung erfolgt. Der lokalen Politik wird mehr Kompetenz zugesprochen als der Bundespolitik.

Besorgniserregend erscheint, dass sehr vielen Akteuren unterstellt wird, dass sie keine ehrlichen Informationen über die Energiewende teilen. Dieses hohe Misstrauen könnte auf eine hohe Fragilität der gesellschaftlichen Akzeptanz für die Maßnahmen der Energiewende hindeuten. Hierin liegt ein zentraler Handlungsbedarf, wenn es gelingen soll, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die Umsetzung der Energiewende zu erreichen.

Mit Blick auf die politischen Ebenen scheint den Kommunen eine wichtige Rolle zuzukommen, da sie im Gesamtbild in der Einschätzung der Befragten besser abschneiden als die Landes- oder Bundespolitik.

Wenn es gelingen soll, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die Energiewende aufrechtzuerhalten bzw. wieder zu erreichen, sollten Akteure außerhalb der politischen Ebenen stärker in diesen Prozess eingebunden werden. Verbraucherverbände, Energieversorgungsunternehmen und der Wissenschaft wird zugetraut, hier eine Vermittlerrolle einzunehmen.

Grundvoraussetzung ist jedoch, dass die Politik transparent und konsensorientiert agiert, um das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Entscheidungen wieder zu stärken.

7 Kernbotschaften und Handlungsansätze

Der Klimawandel wird als Bedrohung für das Leben in Deutschland wahrgenommen – insbesondere junge Menschen empfinden so. Dementsprechend wird auch in der Energiewende ein wichtiges politisches Ziel gesehen.

Hieraus lässt sich ein klares Plädoyer in Richtung Politik ableiten, die Anstrengungen für ambitionierten Klimaschutz und eine entsprechende Energiepolitik nicht zurückzufahren.

Auch wenn die Unterstützung für die Energiewende noch groß ist, werden bezüglich ihrer Umsetzung jedoch zahlreiche Probleme ausgemacht.

Besonders sticht hervor, dass der Energiepolitik aus Sicht der Befragten eine klare Strategie fehlt, die Instrumente und Maßnahmen wirken auf die Menschen intransparent und wenig partizipativ. Besonders gravierend: Die Befragten haben mit deutlicher Mehrheit den Eindruck, dass die ökonomischen Lasten der Energiesystemtransformation nicht gerecht verteilt sind (siehe nächster Punkt). Im Sinne der Akzeptanz für politische Maßnahmen scheint es daher dringend geboten, dass sich die Politik auf konsistente Transformationspfade verständigt, dabei relevante Stakeholder einbezieht und die notwendigen Maßnahmen und ihre Wirkung besser erklärt.

Ökonomische Belastungen der Haushalte werden zum Prüfstein für die Akzeptanz der Energiewende.

Die Befragungsergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die Menschen vor allem die Sorge um ökonomische Belastungen als Effekt der Energiewende umtreibt. Hieraus lassen sich in Richtung Politik zwei dringende Handlungsansätze ableiten.

Erstens: Es werden Instrumente benötigt, mit denen vor allem die Haushalte mit geringem Einkommen unterstützt werden können – sowohl hinsichtlich hoher Strom- und Gaspreise, als auch mit Blick auf die Möglichkeiten, Maßnahmen zur Effizienzsteigerung zu ergreifen sowie Investitionen in klimafreundliche Technologien zu tätigen.

Zweitens: Steigende spezifische Kosten müssen in den richtigen Kontext gestellt werden. Das heißt, dass die tatsächlichen Ursachen für steigende Energiepreise benannt werden müssen (z.B. steigende Strom- und Gaspreise sind kein alleiniger Effekt der Energiewende, sondern resultieren auch aus anderen Dynamiken, wie dem Russland-Ukraine-Krieg). Weiterhin ist hiermit gemeint, dass mittel- bis langfristige Betrachtungen erforderlich sind, um die Kosten richtig einzuordnen (z.B. Amortisationszeiträume von Wärmepumpen vor dem Hintergrund steigender CO₂-Preise). Es ist notwendig deutlich zu machen, dass Zusatzinvestitionen nicht gleichzusetzen sind mit Zusatzkosten. Es ist zwar richtig, dass effiziente Technologien oder auch erneuerbare Energieanlagen zunächst zu einem höheren Investitionsaufwand führen, diesem aber auf der Zeitachse auch hohe Einsparungen gegenüberstehen (z.B. durch vermiedenen fossilen Energieträgereinsatz). Zuletzt gehört zu der Kontextualisierung auch, die Kosten des Nicht-Handelns in die Rechnung mit einzubeziehen. Denn je länger ambitionierter Klimaschutz verschoben wird, desto unwahrscheinlicher wird die Erreichung nationaler und internationaler Ziele – und umso höher fallen die Kosten für

die Abwendung oder Beseitigung gravierender Schäden durch die Folgen des Klimawandels aus.

Die Akteure der Energiewende aus Politik und Wirtschaft stecken in einer ernstzunehmenden Vertrauenskrise.

Der Politik trauen die Befragten eine gerechte, partizipative und konsens-orientierte Umsetzung der Energiewende derzeit nicht zu. Politischen Akteuren, wie auch der Wirtschaft, wird sogar eine Blockadehaltung unterstellt. Gleichzeitig nehmen die Befragten jedoch auch an, dass die Klima- und Energiepolitik den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet – worin ein Teil der Blockadehaltung möglicherweise begründet liegt. Benötigt wird demnach eine breit getragene Lösungsstrategie, über die es gelingt Synergien zwischen Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik zu erschließen und konfligierende Parteien zu einem Konsens zu bewegen. Hierzu sollten Akteure außerhalb der politischen und ökonomischen Ebenen, wie Verbraucherverbände, Umweltschutzorganisationen, Energieversorgungsunternehmen oder die Wissenschaft ein größeres Gehör finden. Ein solcher Konsens, der mit entsprechenden Umsetzungsinstrumenten hinterlegt ist, ist ein zentraler Baustein, um das gesellschaftliche Vertrauen in die handelnden Akteure wieder zu stärken.

8 Literaturverzeichnis

- Bishop, George F., Robert W. Oldendick, Alfred J. Tuchfarber, und Stephen E. Bennett. 1980. „Pseudo-Opinions on Public Affairs“. *Public Opinion Quarterly* 44(2):198. doi: 10.1086/268584.
- BMUV, Hrsg. 2023. „Umweltbewusstsein in Deutschland 2022 - Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage“.
- Edelman Trust Institute, Hrsg. 2023. „2023 Edelman Trust Barometer Special Report: Trust and Climate Change“.
- Kopernikus-Projekt Ariadne, Hrsg. 2023. „Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2023: Was die Menschen in Deutschland bewegt - Ergebnisse einer Panelstudie zu den Themen Energie und Verkehr“.
- Samuelson, William, und Richard Zeckhauser. 1988. „Status Quo Bias in Decision Making“. *Journal of Risk and Uncertainty* 1(1):7–59. doi: 10.1007/BF00055564.

Weiterführende Literatur

- Huijts, N. M. A., E. J. E. Molin, und L. Steg. 2012. „Psychological Factors Influencing Sustainable Energy Technology Acceptance: A Review-Based Comprehensive Framework“. *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 16(1):525–31. doi: 10.1016/j.rser.2011.08.018.
- Mah, Daphne Ngar-yin, Darren Man-wai Cheung, Victor Wai Yin Lam, Alice Siu, Yasunori Sone, und Ka-yan Li. 2021. „Trust Gaps in Energy Transitions: Japan’s National Deliberative Poll after Fukushima“. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 39:249–69. doi: 10.1016/j.eist.2021.03.002.
- Vainio, Annukka, Vilja Varho, Petri Tapio, Anna Pulkka, und Riikka Paloniemi. 2019. „Citizens’ Images of a Sustainable Energy Transition“. *Energy* 183:606–16. doi: 10.1016/j.energy.2019.06.134.

9 Anhang: Strukturdaten der Befragung

Alter		Häufigkeit	Prozent
Gültig	18 – 29 Jahre	313	15,2
	30 – 39 Jahre	330	16,0
	40 – 49 Jahre	298	14,5
	50 – 59 Jahre	407	19,7
	60 Jahre und älter	714	34,6
	Gesamt	2062	100,0

Geschlecht		Häufigkeit	Prozent
Gültig	weiblich	1036	50,2
	männlich	1020	49,5
	divers	6	0,3
	Gesamt	2062	100,0

Höchster Bildungsabschluss		Häufigkeit	Prozent
Gültig	kein Abschluss	13	0,6
	Hauptschulabschluss	733	35,5
	Realschulabschluss	225	10,9
	Abitur/Fachabitur	319	15,5
	Ausbildung	401	19,4
	Hochschulabschluss	371	18,0
	Gesamt	2062	100,0

Haushaltseinkommen		Häufigkeit	Prozent
Gültig	unter 600 €	58	2,8
	601 € bis 1 500 €	369	17,9
	1 501 € bis 2 500 €	496	24,1
	2 501 € bis 3 500 €	419	20,3
	3 501 € bis 4 500 €	283	13,7
	4 501 € bis 5 500 €	162	7,9
	5 501 € bis 6 500 €	75	3,6
	über 6 501 €	53	2,6
	Keine Angabe	147	7,1
	Gesamt	2062	100,0

Bundesland			
		Häufigkeit	Prozent
Gültig	Nordrhein-Westfalen	443	21,5
	Bayern	327	15,9
	Baden-Württemberg	280	13,6
	Niedersachsen	201	9,7
	Hessen	163	7,9
	Rheinland-Pfalz	106	5,1
	Sachsen	103	5,0
	Berlin	92	4,5
	Schleswig-Holstein	73	3,5
	Brandenburg	62	3,0
	Sachsen-Anhalt	49	2,4
	Thüringen	47	2,3
	Hamburg	41	2,0
	Mecklenburg-Vorpommern	39	1,9
	Saarland	19	0,9
	Bremen	17	0,8
Gesamt	2062	100,0	

Wohnsituation			
		Häufigkeit	Prozent
Gültig	Wohnung, in einem Mehrfamilienhaus	1263	61,3
	EFH, DHH, RH	737	35,7
	Anderes	62	3,0
	Gesamt	2062	100,0

Eigentumsverhältnisse			
		Häufigkeit	Prozent
Gültig	Miete	1288	62,5
	Eigentum	759	36,8
	Anderes	15	0,7
	Gesamt	2062	100,0

Wen würden Sie wählen, wenn morgen Bundestagswahl wäre?			
		Häufigkeit	Prozent
Gültig	CDU/CSU	431	20,9
	SPD	332	16,1
	Bündnis 90/ Die Grünen	199	9,7
	FDP	65	3,2
	Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)	141	6,8
	AfD	393	19,1
	Sonstige / Andere	145	7,0
	ich weiß es nicht	231	11,2
	Ich würde nicht wählen	125	6,1
	Gesamt	2062	100,0